

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachm. 6 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Vorbestellung 20% ermäßigt. Einzelnummern 5 Pfennig. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Anzeigenpreis: Die 2. Spalte 20 Cent pro Zeile, die 3. Spalte 15 Cent pro Zeile. Nachzahlungsgeld 20 Cent pro Zeile. Anzeigen für die Landwirtschaft sind bevorzugt. Jeder Anzeigennehmer ist verpflichtet, die Richtigkeit der Angaben zu garantieren. In der Redaktion eingelangte Anzeigen werden nicht ohne Rücksicht auf den Inhalt angenommen. Anzeigennehmer sind verpflichtet, die Richtigkeit der Angaben zu garantieren. In der Redaktion eingelangte Anzeigen werden nicht ohne Rücksicht auf den Inhalt angenommen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weissen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rössen.

Nr. 137. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amisblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Dienstag, den 16. Juni 1925

Schwierige innerpolitische Lage.

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns über die augenblickliche innerpolitische Lage geschrieben: Nicht unbeträchtliches Aufsehen erregte in der Reichstagsitzung am Freitag die ziemlich scharfe des Tones, den der Zentrumsvizepräsident Schreiber bei der Beratung des Haushalts des Innenministeriums anschlug. Es handelt sich dabei um eine Anregung des Reichsinnenministers Schiele im Reichstag einen besonderen Vermittlungsausschuss zu schaffen und mit diesem eine Reihe verfassungsrechtlicher Fragen zu beraten. Die Vorschläge, die gemacht werden sollten, kamen praktisch auf die Revision der Verfassung in besonders umstrittenen Punkten heraus; wir nennen hier nur noch die Punkte, die den § 18 der Reichsverfassung und andere Dinge betreffen. Schon im Ausschuss hatte sich der Vizepräsident Schreiber sehr deutlich gegen diesen Regierungsvorschlag geäußert und hat seine Kritik nun in der Reichstagsitzung in noch deutlicherer Form wiederholt. Alle jene, die im Reichstag das parlamentarische Gras wachsen hören, können infolge dessen an, von einer Regierungskrise zu sprechen, besonders da das Zentrum auch in der Frage der landwirtschaftlichen Zölle starke Bedenken zum Ausdruck bringt.

Das Zentrum hat bekanntlich im Kabinett zwei Vertreter seiner Partei, den Reichsarbeitsminister Braun und den Reichsjustizminister Frank. Erobert wurde mehrfach Gelegenheit genommen, darauf hinzuweisen, daß man nur solange hinter der Regierung stehen wolle, als das Kabinett eine vom Zentrum zu billigende Politik treibe. Es blieb nicht unbeachtet, daß namentlich in westlichen Zentrumskreisen nach Eintreffen der Entwaffnungsnote nun, wie man sich ausdrückt, es den Rechtsparteien überlassen wird, eine Verhandlungsbasis mit der Entente zu suchen. Das wäre die Aufgabe Stresemanns, der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei. Unterstrichen wurde dabei, daß das Zentrum mit dem Kabinett nur lose verbunden sei, daß man von einer wirklichen Koalition aber nicht reden könne. Derartige Äußerungen sind besonders deswegen wichtig, weil die Zollvorlage einen Gefahrenpunkt für das Bestehen des Kabinetts Luther zweifellos darstellt. Die Agitation gegen die landwirtschaftlichen Zölle ist gerade bei der westdeutschen Arbeiterwählerschaft es Zentrums mannigfaltiges Echo und erklärt den Widerstand mancher Zentrumsparlamentarier gegen die Zollvorlage. Das Kabinett ist sich dieser Schwierigkeiten natürlich bewußt. Da es aber erklärt, für die bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen einen Zolltarif unbedingt haben zu müssen, und spätestens zum 18. Juni der Reichstag in die Ferien gehen will, bis dahin also die Vorlage erledigt haben soll, so verliert die Regierung vorher durch direkte Verhandlung mit den Parteien, die die Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Man will den Apparat einer überlangen Kommissionsberatung und heftigster Kämpfe im Plenum — ohne dabei über eine feste Mehrheit zu verfügen — vermeiden. Wenn man an die Debatten bei der letzten Beratung des Zolltarifs im Jahre 1902 denkt, — damals hielt bekanntlich ein sozialdemokratischer Redner eine eifrigste Oppositionsrede, — so läßt sich vom Standpunkt der Regierung aus gegen einen Versuch, eine Einigung hinter den parlamentarischen Antifronten herbeizuführen, gewiß nichts sagen. Der Reichskanzler konterte deshalb bereits mit den Parteiführern. Die Hauptsache dabei ist freilich, ob der Versuch ebenso glückt, wie er in der Aufwerfungsfrage gescheitert ist. Daß die Opposition die größten Anstrengungen machen wird, diese Politik der Regierung zu durchkreuzen, ist natürlich ebenso selbstverständlich, übrigens nicht ganz ausnahmslos, da das Verhältnis zwischen Zentrum und Deutschnationalen keineswegs ein übermäßig freundliches ist.

Das parlamentarische Leben in Deutschland, namentlich im demokratischen Deutschland, ist aber noch so jung, daß der Versuch, die Fraktionen geschlossen hinter die von ihren Führern gemachten Zusagen zu zwingen, jeden Tag noch scheitern kann. In England, namentlich aber in dem aus reinen Führerparteien bestehenden französischen Parlament, ist das ganz anders; hier gilt die Zusage der Führer für ihre ganze Partei zwingend. In Deutschland geht es nicht so und wir haben bei uns die Erscheinung nicht selten erlebt, daß ganze Teile, ja bisweilen sogar die Mehrheit von Regierungsparteien gegen Regierungsvorlagen stimmten, hinter denen doch ihre eigenen in das Kabinett entsandten Führer standen. Freilich sind dann diese parteipolitischen Dissidenten schließlich meistens genötigt worden, sich eines Besseren zu besinnen, um nicht etwa durch Festhalten an ihrer ursprünglichen Abstimmung das Kabinett und damit ihre eigenen Führer zu stürzen. Diese Vorläufer eines parlamentarischen Lebens bieten mit die Verantwortung dazu, daß sich die Regierung für die überaus schwierige Frage der Zollvorlage durch ein Übereinkommen mit den Parteiführern freie Bahn schaffen will; aber trotz dieser Zusagen wird sie aber doch im Parlament ausgeföhrt bleiben und darum haben die Gerichte im Parlament zwar unrecht, wenn sie von einer bevorstehenden Regierungskrise reden, recht aber damit, wenn sie behaupten, daß man der Regierung wohl mit Recht das Freundberg-Wort zurufen kann: „Monchien, Monchien, du gehst einen schweren Gang!“

Die Entwaffnungsnote liegt vor und die französische Antwort auf unsere Sicherheitsvorschläge ist im Eintreffen begriffen; die wirtschaftliche Lage spitzt sich zu und eine ganze Reihe innerpolitischer Probleme, nicht zuletzt die Aufwerfungsfrage, sind in der Lösung begriffen. Eine Regierungskrise, die nichts anderes wäre als der Ausdruck einer Krise in der jetzt bestehenden Regierungskoalition, würde das alles außen- und innenpolitisch auf die lange Bank schieben. Außenpolitisch wäre es nicht von erheblicher Bedeutung, da selbst bei sofortiger und unbedingter Annahme eine Räumung der Aölnner Zone doch erst nach Monaten geschehen würde. Wohl aber verbieten wirtschaftliche und innenpolitische Erwägungen zurzeit unbedingt eine solche Regierungs- und Koalitionskrise, die langwierig genug werden könnte, weil die Mehrheitsverhältnisse im Reichstage ja außerordentlich ungewisse sind.

Vielleicht sind aber die gemuteten Gewitterwolken doch nicht anders wie Schattenspiele an der Wand, weil die Zollvorlagen wohl in einem ausgiebigen Rückhandel benutzt werden.

Die Wirren in China.

Angriffe auf Konsulate.

London, 14. Juni. „Sunday Express“ meldet aus Shanghai: Das britische und das japanische Konsulat in der Hafenstadt Kiangang am Tjangseefluß wurde von einer erregten Menge, die heftige Angriffe auf die Gebäude unternahm, angezündet und schwer beschädigt. Das britische Konsulat konnte von den Angreifern, die zu plündern begannen, befreit werden, die darauf andere Gebäude ausländischer Gesellschaften plünderten. So wurde das Besitztum der japanischen Schiffahrtsgesellschaft und die Häuser anderer Schiffahrtsgesellschaften vollständig eingeschert. Die Gewalttaten begannen damit, daß mehrere Tausende Aufständische, zumeist Studenten und Arbeiter, in das britische Konzessionsgebiet eindrangen und Gewalttaten begingen. Chinesische Truppen trieben schließlich die Aufrührer zurück. Ein japanisches Landungslorps suchte augenblicklich die Ordnung aufrechtzuerhalten, indessen werden von kleinen Trupps der Empörer ständig neue Gewaltakte verübt.

Verbreiterung des Aufstandes.

Rotterdam, 14. Juni. Die „Times“ melden aus Shanghai: Der Einzug eines japanischen Detachements in das Fremdenviertel von Kanton hat die Lage überraschend verschärft. Zwei Drittel Chinas (?) stehen im Aufstand gegen die Fremden. Genf, 14. Juni. Der „Herald“ meldet aus Tokio: Hier liegen Nachrichten aus Kanton vor, wonach alle Fremden aus Kanton verjagt werden. In Kanton sind mehrere Japaner von den Chinesen niedergemacht worden. Die japanische Presse fordert die Mobilisierung von Meer und Flotte. Shanghai, 14. Juni. Der englische Kreuzer „Despatch“ ist nach Hongkong abgegangen. Die Abreise der „Despatch“ wird fortgesetzt. Die bis jetzt gefällten Urteile sind nach einer Dabermeldung milde ausgefallen.

Eroberung von Kanton.

Die inneren Kämpfe in China. Newyork, 14. Juni. Wie aus Kanton gemeldet wird, haben Kwantung- und Kantontruppen (Regierungstruppen) unter volkschweiglichen Offizieren nach harter Kämpfe die Gannanleute zur Übergabe der Stadt Kanton gezwungen und sind nach der Einnahme gegen Militär- und Zivilpersonen mit äußerster Grausamkeit vorgegangen. Die örtlichen Feindseligkeiten sind eingestellt. Sämtliche Gannaneseen haben die weiße Fahne gehißt und haben fluchtartig die Stadt in nördlicher Richtung verlassen, von Tausenden von Regierungssoldaten verfolgt, die über den Fluß setzten. In östlichen Teilen der Stadt hatten noch heftige Kämpfe stattgefunden, bei denen etwa 100 Leute verlegt wurden.

Ein Telegramm aus Hongkong meldet, daß 480 Meilen von dort entfernt in der Stadt Alun Kiang am Pantagefluß eine wütende Menge das englische und japanische Konsulat gestürmt und niedergebrannt hat. Alun Kiang liegt im Zientsin-Bezirk.

Frankreichs Note in Berlin.

Paris, 14. Juni. „Petit Parisien“ berichtet, daß die Note an Deutschland über den Sicherheitspakt bereits in den Händen des französischen Botschafters in Berlin sei. Dieser werde sie

Dienstag der Reichsregierung überweisen und sie werde 48 Stunden später veröffentlicht werden nebst allen wesentlichen Dokumenten der Verhandlungen, so dem deutschen Vorschlag und den zwischen London und Paris ausgetauschten Noten. Die französische Note umfasse etwa fünf Schreibmaschinenseiten, deren einzelne Absätze numeriert seien. Es sei das Interesse betont, daß die Verhandlungen noch vor der Haupttagung des Völkerverbundes erledigt würden. Frankreich erwarte von Deutschland eine schriftliche, präzise und vollständige Antwort. Erst nach Erhalt einer derartigen Antwort und ihrer Kenntnisnahme durch das französische Auswärtige Amt könne eine mündliche Verhandlung ins Auge gefaßt werden.

Nochmals die französische Antwort.

Ihr angeblicher Inhalt. Paris, 13. Juni. Das Blatt „Matin“ glaubt in der Lage zu sein, den Inhalt der von der französischen Regierung an die Reichsregierung zu richtenden Note, verglichen mit den deutschen Vorschlägen, wie folgt charakterisieren zu können.

1. Garantiepakt zwischen den am Rhein interessierten Mächten. Dieser Pakt ist nicht mehr auf dreißig Jahre beschränkt und die Möglichkeit eines Krieges durch Volksabstimmung ausgeschlossen. Dadurch unterzeichnet sich der jetzige Vorschlag von den ehemaligen Vorschlägen des Kabinetts Cunio. Dieser Gedanke wird restlos in der französischen Note angenommen. 2. Schiedsgerichtsvertrag zwischen Frankreich und Deutschland. Dieser Vorschlag wird angenommen und vervollständigt durch den Vorschlag des Abchlusses eines deutsch-belgischen Schiedsgerichtsvertrags. 3. Schiedsgerichtsvertrag mit verschiedenen Staaten. Frankreich erklärt, daß Verträge dieser Art mit Polen und der Tschechoslowakei unerlässlich sind. Es wünscht hier als Garant aufzutreten und betrachtet dies als die Vorbedingung selbst für den Abschluß eines Sicherheitspaktes am Rhein. 4. Deutschland hat verlangt, daß die Vereinigten Staaten Schiedsrichter und Garantien dieser Pakte seien. Da Frankreich weiß, daß diese Einmischung in die europäischen Angelegenheiten der amerikanischen Politik zuwiderläuft, beknüpft es sich damit, in seiner Note darauf hinzuweisen, daß es mit Freuden sehen werde, wenn die große amerikanische Nation an dem Sicherheitspakt sich beteiligen würde.

Das Blatt sagt dieser Inhaltsangabe noch hinzu, da Frankreich das Recht erhalten werde, die entmilitarisierte Zone bei einer Verletzung des zwischen Deutschland und Polen abgeschlossenen Schiedsgerichtsvertrags zu überschreiten, begreife man nicht die Erregung der polnischen Presse.

Lloyd George als Mahner.

Der ehemalige englische Ministerpräsident Lloyd George, der Miturheber des Friedensvertrages von Versailles, erteilte in einer Rede in Scarborough den Alliierten einen ernsten Verweis über die Art, in der sie diesen Vertrag ausführten. „Welches ist der nächste Grund, der zu Unruhen führen kann?“ fragte Lloyd George. „Es ist die pedantische und illiberale Ausführung der Bestimmungen des Versailler Vertrages. Lloyd George betont weiter, daß Deutschland im wesentlichen die Vertragsbedingungen ausgeführt habe und fordert die sofortige Räumung Kölns, damit die Unterchrift, die er unter den Vertrag von Versailles im Namen Großbritanniens gesetzt habe, grachet wird. Lloyd George warnt davor, daß England etwa dem Abschluß eines Sicherheitspaktes zustimme, um Frankreich die Möglichkeit zu geben, strafslos Krieg mit Deutschland anzufangen.“

Keine Reichsregierungskrise.

Berlin, 14. Juni. Von deutschnationaler Seite verlautet, daß es wegen der Aufwertung keine Schwierigkeiten mehr geben könne, weil sich alle Regierungsparteien auf das vor Wochen abgeschlossene Kompromiß festgelegt haben und daß ein Abspringen irgendeiner Partei nicht mehr erwartet werden kann. Die Minister Schiele und Reuhaus hätten mit keinem Wort Rücktrittsgedanken geäußert.

Gegen den Zolltarif.

Ablehnung im Reichswirtschaftsrat. Berlin, 14. Juni. Der zollpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats hat seine Beratungen über die Zollvorlage der Regierung abgeschlossen. Dem Ausschuss lagen eine große Anzahl von Anträgen vor. Seine Entschlüsse bedeuten eine Ablehnung der zollpolitischen Pläne der Reichsregierung. Der Ausschuss hat erstens die Zollvorlage der Regierung als Ganzes abgelehnt. Er hat weiter ausgedrückt, daß die